

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Schick-Ronto Hannover Str. 576/13
Giro-Konto Bank der Arbeiter und
Angestellten, Berlin S 14, 25. Aufl. 65

Abonnementpreis durch Boten oder Post vierteljährlich 2,25 RM. Einzelnummer 50 Pfg.
Anzeigenpreis: Die 25 Millimeter breite Millimeterzeile oder deren Raum 25 Pfg.



Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Limberg, Essen. Druck: G. Hansmann & Co., Bochum
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Biemelhauer Straße 38/42

Telefon-Nummern: 4300, 4301
Telegramm: Ulfverband Bochum

An die Verbandsmitglieder!

Die 25. Generalversammlung hat vom 4. bis 8. Juli in Saarbrücken getagt und wichtige Beschlüsse auch in bezug auf das Statut gefaßt. Die Zusammenfassung des Vorstandes ist im allgemeinen dieselbe geblieben, nur wurde die Unterscheidung zwischen engerem und Gesamtvorstand beseitigt. Unter Berücksichtigung dieser Änderungen hat die Generalversammlung die Verbandsleitung gewählt und jetzt sich diese jetzt folgendermaßen zusammen:

- Geschäftsführender Vorstand:**
- Hufemann, Friedrich, Vorsitzende.
 - Walz, Hermann, Kassierer.
- Beisitzer:**
- Baake, August
 - Borgschulze, Karl
 - Marimüller, Albert
 - Schmidt, August
 - Bloch, Julius, Essen-Borbeck
 - Drescher, Rich., Buer-Hassel
 - Heinig, Paul, Radbod
 - Kleine, Friedrich, Sterkrade
 - Lübbe, Karl, Eichlinghofen
 - Babel, Isidor, Dortmund
 - Ständcke, Emil, Wittingdortmund
 - Werner, Fritz, Wattenscheid
- Erstämmer der Beisitzer:**
- Rumpf, Karl, Wattenscheid
 - Mechtenberg, Wilhelm, Altenessen
 - Nieland, Emil, Sprochhövel
 - Rüßmann, Gustav, Annen

- Kontrollausschuß:**
- Heß, Gustav, Essen-Bergeborbeck
 - Agatha, Emil, Stodum
 - Rauermann, Wilhelm, Langendreer
 - Ruschke, Oswald, Hahndorf (Kr. Goslar)
 - Leiber, Ludwig, Martadorf (Kr. Aachen)
 - Montag, Karl, Bad Grund (Harz)
 - Sattler, Heinrich, Oberndorf (Kr. Weßlar)

- Stellvertreter des Kontrollausschusses:**
- Arbes, Josef, Schmidthorst b. Hamborn
 - Babucke, Heinrich, Dortmund
 - Stein, Karl, Weitmar
 - Schmelzing, Robert, Vintfort
 - Kurz, Fritz, Castrop-Rauxel
 - Piß, Ludwig, Dudweiler (Saar)
 - Rogler, Johann, Marienstein (Bayern)

- Beirat:**
- Kerge, Wilhelm, Behlen b. Birkelburg
 - Trenkel, Albert, Bleicherode
 - Günther, H., Draschwitz
 - Hänchen, Max, Senftenberg
 - Rudolph, Karl, Ober-Altwasser
 - Deubner, Christian, Laurenburg
 - Schöttel, Kaver, Benzberg
 - Stahl, Johann, Brühl
 - Schmidt, Michael, Ensdorf (Saar)
 - Herrmann, Paul, Gainsdorf

- Stellvertreter des Beirats:**
- Fahlbusch, Gustav, Boteloh
 - Jordan, Martin, Ehlen
 - Seidl, Franz, Altenessen
 - Walter, Gustav, Ziebingen
 - Hermly, Johann, Hindenburg
 - Gerhartz, Johann, Weyen
 - Gutmann, Wilhelm, Kochendorf
 - Wahmuth, Wilhelm, Wsdorf
 - Glaß, Nikolaus, Saarwellingen
 - Bormann, Ernst, Delsnitz

Redaktion: Limberg, Heinrich, Essen.

Der Kontrollausschuß hat sich sofort konstituiert und den Kameraden Wilhelm Rauermann, Langendreer, Stiffrade 32 als Vorsitzenden und den Kameraden Emil Agatha, Stodum b. Bochum, Nordstr. 92, als Stellvertreter gewählt. Alle Beschwerden über den Vorstand und gegen seine Beschlüsse sind nach § 39 Abs. 3 des neuen Statuts innerhalb eines Monats nach Zustellung des Vorstandsbefehdes beim Kameraden Wilhelm Rauermann einzureichen.

Kameraden! Die diesjährige Generalversammlung liegt nun hinter uns und hat ihre Beschlüsse in sehr vielen Fällen einmütig, mindestens aber mit einer großen Mehrheit, gefaßt. Es kann ruhig gesagt werden, daß die Generalversammlung auf einer guten Höhe stand und die Aufgaben, vor die sie gestellt war, in kluger Weise erfüllt hat. Das Verbandsstatut ist nach den verschiedensten Richtungen hin abgeändert worden. Die Beiträge sind geändert, ebenso ist eine Änderung der Unterstützungssätze vorgelegen. Das Statut wird am 3. Oktober d. J. in Kraft treten. In einer der nächsten Nummern der „Bergarbeiter-Ztg.“ werden diejenigen Paragraphen des Statuts veröffentlicht,

die eine Änderung erfahren haben. Da eine Drucklegung des gesamten Statuts für alle Mitglieder nicht beabsichtigt ist, so tut jedes Mitglied gut, die abgeänderten Bestimmungen, soweit sie in der „Bergarb.-Ztg.“ veröffentlicht werden, auszuscheiden und seinem Statut einzuverleihen. Für die Funktionäre werden bis zum 3. Oktober noch besondere Anweisungen herausgegeben, um so eine glatte Infraktsetzung der neuen Statutbestimmungen vorzubereiten und durchzuführen.

Die Generalversammlung hat in bezug auf unsere Wirtschafts- und Lohnpolitik sowie auf dem Gebiete der Fragen der Sozialpolitik, des Bergarbeiter-schutzes, der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitsnachweise Beschlüsse gefaßt, deren Durchführung Aufgabe des Vorstandes sein wird. Der Vorstand wird aber die Durchführung der Generalversammlungsbeschlüsse nicht ermöglichen können, wenn er nicht getragen ist vom Vertrauen der Mitglieder und wenn nicht alle Mitglieder und besonders unsere Funktionäre, bemüht sind, dem Verband neue Kräfte zuzuführen und den Einfluß unserer Organisation immer mehr und mehr zu stärken. Die neugewählte Verbandsleitung wird im Sinne der Generalversammlungsbeschlüsse und des Statuts die Geschäfte führen und alles tun, was nur in ihren Kräften steht, um den Verband vorwärts zu bringen. Der Vorstand erwartet aber, daß er in diesem Bestreben durch einiges und geschlossenes Zusammenstehen aller Mitglieder unterstützt wird und daß so in gemeinsamer Arbeit die Organisation gestärkt und die Beschlüsse der Generalversammlung durchgeführt werden.

Mit Glück auf!
Der Vorstandsvorsitzende, J. A.: Fr. Hufemann.

Ein Markstein!

Das war eine große, schöne Tagung! In einem vom Deutschen Reich noch für neun Jahre abgetrennten Teil Deutschlands, dessen frühere preussische Staatsgruben jetzt unter französischer Verwaltung stehen, tagte unsere 25. Generalversammlung, den Saarkameraden zuliebe, dem Saarland, dem deutschen Volke und der ganzen Welt gegenüber zum Bekennnis:

Das Saarland und sein Volk sind deutsch und wollen deutsch bleiben! Solange man im Namen des Völkervertriebens Land und Volk von Deutschland trennt, verlangt das Saarvolk und verlangen insbesondere die Saarbergarbeiter, daß man sie wirtschaftlich und sozialrechtlich nicht schlechter stellt als die Arbeiter in Deutschland stehen! Darüber hinaus sollte im Interesse des Völkervertriebens die Abtrennung des Saarlandes und die Wegnahme der Saargruben nicht bis 1935 dauern! Daß auch nur ein nennenswerter Teil der Saarbevölkerung sich bei der Abtrennung für Frankreich erklären würde, daran glaubt heute wohl kein Mensch mehr. Im Interesse der Völkerverständigung läge also ein vorzeitiger Verzicht Frankreichs und des Völkerbundes auf das Saargebiet auch angesichts der Tatsache, daß die französische Kohlenproduktion den Friedensstand längst überschritten hat, sollte der Verzicht nicht schwer sein.

Der Auftakt zur Generalversammlung, eine großartige Massendemonstration der Saarbergarbeiter, wurde von uns schon kurz geschilbert. Die praktischen Arbeiten der Generalversammlung selbst sind aus dem Bericht ersichtlich, ausführlicher finden ihn unsere Kameraden in dem in Kürze erscheinenden Protokoll niedergelegt. Wir wollen sie aber trotzdem hier kurz würdigen.

Das Gesetzbuch der Organisation, das Statut, wurde zeitgemäßen Änderungen unterzogen. Der Grundsatz: Wochenbeitrag gleich achten Teil des Schichtverdienstes, wurde im Statut festgelegt. Der Beitrag beginnt mit 20 Pfg. bei einem Schichtverdienst bis 1,80 RM. und steigt bis 1,50 RM. bei einem Schichtverdienst von 11,21—12,00 RM. Invaliden zahlen einen Beitrag von 10 bis 20 Pfg. je nach den in den verschiedenen Bezirken gezahlten Renten.

Die Unterstützungen für Krankheiten und Sterbefälle zu befeitigen lehnte die Generalversammlung mit großer Mehrheit ab. Somit wurden die Veränderungen entsprechend revidiert. Eine ganz knappe Mehrheit sprach sich entgegen der Statutvorlage dafür aus, den Bezirken 20 statt 15 Prozent der Beiträge zu lassen. Die Sicherungen gegen Verbandsverhinderung: zweijährige Mitgliedschaft und der Beschluß der Giechener Generalversammlung gegen Jellenbauer wurden aufrecht erhalten.

Zum Vorstandsbericht war die Debatte recht eingehend. Ernsthafte Einwände gegen die Arbeit der Verbandsleitung, die ihre Stellung hätten erschüttern können, wurden nicht gemacht. Zum Teil war die Kritik sachlich, auch da, wo sie die Abhängigkeit der Vorstandsarbeit von den vorhandenen Wirtschafts- und Machtverhältnissen falsch einschätzte. Das Zurückgreifen auf die Verhältnisse vor der Dresdener Generalversammlung, den Kampflampf usw. war nicht am Platze. Die kommunistisch inspirierte Kritik war, wie immer, sachlich unbegründet, in der Form war sie, wie wir gern feststellen, im großen und ganzen kameradschaftlich. Die Entschliebung Jung u. Gen., mindestens 150 Druckseiten lang, war natürlich nicht auf dem eigenen Beut der oppositionellen Kameraden gemachten, ihr Stil, ihre Gliederung und Länge verriet die Herkunft aus der Gewerkschafts- und kommunistischen Partei. Die in der Entschliebung gegen den Verbandsvorstand erhobenen Vorwürfe sind die altbekanntesten: Der Vorstand hat auf allen Gebieten seiner Tätigkeit, wirtschaftlich, in nationalem wie in internationalem Rahmen, verjagt und die Ursache dieses Verjagens liegt in seiner Gesamtmeinung zum kapitalistischen Staat und in der dadurch bedingten arbeitgemeinschaftlichen Politik. Aus dieser Einstellung heraus hat der Vorstand nicht die Siebenstundenschicht zum Kampfgegenstand gemacht und auch nicht den englischen Konflikt 1925 und jetzt im Mai benutzt, um den Kampf in Deutschland zu proklamieren. Dieser Kritik im Antrag stehen dann aber auch Forderungen, also die Versuche des Besser-machens, gegenüber. Da soll der Verbandsvorstand Kämpfe um Lohnhöhung und Arbeitszeitverlängerung organisieren, damit die gesamten deutschen Berg-, Metall-, Arbeiter und Eisenbahner gemeinsam in solche Kämpfe eintreten. Der Vorstand soll einen scharfen Kampf führen für einen einheitlichen Bergarbeiterverband in Deutschland. Insbesondere ist gegen die Führer des christlichen Gewerkschafts, der Polen und der Hirsch-Wanderer, die die Einheit nicht wollen, eine klare

Abgrenzung durchzuführen. Deren die Kapitalisten stützende Verhalten ist bei jeder Gelegenheit vor der breiten Masse der Arbeiterschaft klarzulegen und ihre Vertreter zu brandmarken. In einer planmäßigen Propagandakampagne ist den Bergarbeitern zum Bewußtsein zu bringen, daß nur der Bergarbeiterverband Deutschlands die wirtschaftliche Interessenvertretung der gesamten deutschen Bergarbeiter ist.

Die Hemmnungen, die in den wirtschaftlichen, den Organisationsverhältnissen liegen, sehen diese Kritiker nicht, sie sehen sie auch nicht, wenn sie fordern: „Ein planmäßiger aktiver Kampf unter Einsetzung aller gewerkschaftlichen Machtmittel muß geführt werden gegen die Bechensfüllung und die Arbeitslosigkeit im Bergbau. Die wirksamste Bekämpfung der Bechensfüllung und der Arbeitslosigkeit ist der Kampf für unentgeltliche Verstaatlichung des gesamten Bergbaues und die Regelung der Produktion durch die Gewerkschaften und Betriebsräte. Darum erhebt die Generalversammlung die Forderung nach Verstaatlichung des Bergbaues und beauftragt den Vorstand, mit aller Kraft und allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Arbeitermassen für diese Forderung zu mobilisieren und sie durchzusetzen.“

Die Gewerkschaften und die hinter ihnen stehenden politischen Kräfte sind nicht machtlos, wenn es gilt, das äußerste Elend von den Arbeitern fernzuhalten. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik sind ihre Erfolge sehr ansehnlich. Wie würde es aber bei einem Kampf „mit allen Mitteln“ für die Sozialisierung sein? Die 14 1/2 Millionen Stimmen beim Volkentscheid sind ein guter Erfolg, zumal davon rund 5 Millionen Stimmen von Bürgerlichen herührten. Aber glaubt jemand, daß ein Volkentscheid über entschuldigungslose Enteignung der Bechensfüllung möglich oder erfolgreich wäre? Beauftragen könnte die Generalversammlung den Vorstand wohl, diese Verstaatlichung „durchzusetzen“, aber mit diesem Auftrag wäre die „Durchsetzung“ noch lange nicht garantiert. Wir arbeiten für den Gedanken der Sozialisierung, wir rütteln die Massen auf, um ihnen das Verständnis für Notwendigkeit und Möglichkeit der sozialistischen Gemeinwirtschaft begründlich zu machen. Aber für einen Kampf mit allen Mitteln, um diese Sozialisierung des Bergbaues durchzuführen, wollen wir uns doch lieber eine etwas günstigere Zeit aussuchen.

Einzelne Anträge der kommunistischen Opposition vereinigten 25 bis 30 Stimmen auf sich, bei der Vorstandswahl waren die Höchststimmern für diese Gruppe ähnlich, aber „waidrecht“ waren von diesen Kameraden anscheinend nur die 14, die dem alten Vorstand die Entlastung für seine Geschäftsführung verweigerten. Und selbst von diesen 14, hoffen wir, sind noch nicht alle für die Gedanken gegenüber Gewerkschaftspolitik verloren, so wie wir sie sehen müssen. Dufemarm hat zum Schluß mit Recht einen verbönlischen Ton gegen diese Kameraden angeschlagen, weil wir alle, die guten Willens sind, für die Arbeit im Verbands gewinnen und behalten möchten. Voraussetzung, von der es kein Abgehen gibt, ist natürlich: Achtung der Bestimmungen, die für den Verband und seine Mitglieder demokratisch festgelegt werden, Kameradschaftlichkeit auch bei Meinungsverschiedenheiten und demzufolge im geistigen Kampf untereinander keine Gassenmanieren.

Die weiteren Arbeiten der Generalversammlung standen nach Referaten und Diskussionen auf einer beachtenswerten Höhe. Kurz, knapp, sachlich und doch erschöpfend waren die Vorträge über Sozialpolitik, Arbeitslosenfrage und Bergarbeiter-schutz, die Debatte zu allen Vorträgen zeigte den guten Willen, das Beste auf diesen Gebieten zu erkämpfen, wenn auch die Meinungen über die Wege zum Ziel manchmal erheblich auseinandergingen. Das Referat Dr. Singsheimers wurde durch keine Debatte beeinträchtigt. Die beste, sachlichste Debatte hätte mit ihrer Ablehnung auf Kleinigkeiten eine Beeinträchtigung des glänzenden Referats gebracht und deshalb war der Verzicht auf die Debatte eine kluge Tat, zumal sich sicherlich manche Delegierten über Einzelfragen auf dem Gebiet des Tarifwesens gern ausgesprochen hätten.

Zu den Fragen der Wirtschaft, der Konzentration im Kohlenbergbau, der internationalen Kohlenkrise nahm die Generalversammlung durch verschiedene Entschliebungen Stellung, in denen die Einstellung der Unternehmer bekräftigt, unsere Auffassung in diesen Fragen dargelegt und die Notwendigkeit eines starken Bergbauunternehmensverbandes sowie der internationalen Regelung der Kohlenfrage auseinandergesetzt wird.

Wenn auch das preussische Ministerium für Handel und Gewerbe, das Reichsarbeits- und das Reichswirtschaftsministerium „nicht in der Lage“ waren, Vertreter zu unserer Generalversammlung zu entsenden, so werden sie doch aus den an ihre Adresse gerichteten Entschliebungen erleben, was wir fordern im Interesse der deutschen Bergarbeiter, und sie werden sich hoffentlich nicht der Einsicht verschließen, daß die Forderungen berechtigt und durchführbar sind. Wenn wir auch von der Saarregierung und der französischen Bergverwaltung dasselbe erwarten dürften in den Forderungen, die an ihre Adresse gerichtet sind, so wäre das nicht nur im Interesse unserer Saarkameraden, sondern auch in dem der Völkerverständigung sehr zu begrüßen.

Ein Wort noch zu den festlichen Veranstaltungen, die unsere Kameraden an der Saar der Generalversammlung boten. Der Festakt am Eröffnungstag verlief ausgezeichnet, Künstler und Künstlerinnen, Arbeiterjünger und Arbeiterjugend gestalteten das Programm zu einem nach jeder Richtung gelungenen. Und die Krönung des Abends: ein Nachtfeuerwerk an der Saar, vor und auf dem Winterberg! So etwas wurde noch keiner Generalversammlung geboten und dürfte auch nicht leicht wieder geboten werden. Aber unsere 25. Generalversammlung durfte und die an der Saar sollte in dieser Hinsicht ein wenig den nächstern Rahmen sonstiger Generalversammlungen überschreiten. In einem anderen Abend machte die Generalversammlung einen Ausflug zum Ohrental, an den Spicherer Höhen vorbei zu einem Berglokal, wohin die Saarbezirksleitung zu einem Glase Bier eingeladen hatte. Die Stunden, die hier die Delegierten mit den Saarkameraden und den ausländischen Gästen verlebten, werden ihnen in angenehmer Erinnerung bleiben. Auch die Abmintonen kamen auf ihre Rechnung, sie bekamen Milch statt Bier in ihre Krüge.

Zum Schluß der Tagung hatte der Vorstand beantragt, daß die Delegierten mit Saarkameraden und einer Reichsbannertruppe aus dem Saargebiet nach Winterbrück fahren und die Strecke von dort bis Königswinter zu Schiff zurücklegen. Auch diese Stunden, den schönsten unseres herrlichen Rheins hinunter, werden für manchen Kameraden eine Erinnerung fürs Leben bleiben.

Nach jeder Richtung gesehen, war die Generalversammlung in Saarbrücken eine wohlgelungene Tagung. Sie leistete eracht und, wie wir hoffen, in ihrer Auswirkung für die Bergarbeiter fruchtbarste Arbeit. Fruchtbar wird diese Arbeit sein, wenn nicht nur die Delegierten den Geist der Generalversammlung in die Kreise der Mitglieder tragen, sondern wenn auch alle Mitglieder sich mehr noch als bisher in den Dienst der Arbeit für den Verband stellen. Nur wenn wir einen großen und starken Verband haben, können wir schaffen, was unsere Aufgabe ist:

Brut und Freiheit für den Bergmannsstand!

Wir kennen nunmehr den normativen Teil und die Hauptpunkte, die hier in Betracht kommen, und trennen von dem normativen Teil die obligatorische Seite, und wissen, was heute sachlich hierfür in Frage kommt: die Friedenspflicht mit der Schadensersatzpflicht, wenn sie verletzt wird.

Nunmehr laße ich Sie ein, nachdem wir so versucht haben, Grund und Boden unter die Füße zu bekommen, mit mir einen Blick zu werfen auf die Rechtslage, auf deren Grundlage sich dieses geltende Tarifrecht entwickelt hat.

Wir führten früher einen Kampf um die Anerkennung des Tarifvertrages überhaupt, wir führten früher einen Kampf um die Anerkennung der Gewerkschaften. Dieses war ein Kampf um das Grund- und Hauptrecht der Arbeitnehmerschaft.

Ich habe darin eine sehr enge Frage, die Existenzfrage eines Tarifrechtes überhaupt. Wenn wir diese Rechtsauffassung für eine dem Tarifrecht entsprechende anerkennen, dann entstehen mir dem Tarifvertrag den letzten Boden.

Das ist die Streitfrage nach dem Umfang der Unabdingbarkeit. Noch eine andere Streitfrage ist diejenige über die Tariffähigkeit. Was ist Tariffähigkeit? Es heißt: Am Abschluß eines Tarifvertrages ist erforderlich, daß die Partei, die den Tarifvertrag abschließt, eine gewisse rechtliche Fähigkeit besitzt.

Allo: die Arbeitgeberseite empfindet es als unannehmlich, daß eventuell der Schlichter einen Schiedsspruch fällen und diesen verbindlich erklären könnte mit Sätzen, auf die sie freiwillig nicht eingegangen wären.

Die Verhandlung hat vermißt, wenn Grundregeln handelsrechtlicher Art auch Grundregeln sozialer Art zu stellen und ein solches Grundrecht in der Artikel 165 Absatz 1 der Verfassung.

Das heißt, daß die Organisations der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber durch die Verfassung dazu berufen sind, gleichberechtigt mitzusprechen an der Regelung der Arbeitsverhältnisse und an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung.

Wir leben nicht mehr im Zeitalter des Individualismus, sondern im Zeitalter des Kollektivismus, in dem nicht mehr das Einzelwesen, sondern nur noch das Kollektive existiert, Kartelle, Gewerkschaften usw.

Damit ist die Tariffähigkeit eine Fähigkeit, die nicht in dem Willen der Verbände steht, sondern die ihnen das Recht zuschreibt. Diese Fähigkeit ist eine öffentlich-rechtliche Eigenschaft geworden.

Man kommt Gott sei Dank immer mehr zu dieser Ansicht. Das Reichsgericht ist bereits halb auf diesem Wege der Anerkennung dieses Grundpunktes. Es hat bereits gegen den Einspruch eines Arbeitgeberverbandes entschieden, daß, wenn in den Statuten nichts darüber steht, der Verband zweifellos doch einen Tarifvertrag abschließen kann.

Jetzt liegt auf diesem Gebiete bereits eine Reihe von Rechtsstreitigkeiten vor, in denen die Verbände die Friedenspflicht verletzt haben. So wurde u. a. eine Schadensersatzforderung in Höhe von 30 000 Mk. eingeklagt.

Wenn die Gewerkschaften heute dafür eintreten, daß die Haftung beider Parteien nicht von vornherein auf eine bestimmte Höhe des eventuellen Schadensersatzes fixiert ist.

Nun zur sogenannten Wiedereinstellungsklausel. Gerade in dieser Frage haben Prozesse in einzelnen Bergbaubezirken. Beispiel: Der Vertrag ist geschlossen und abgelassen.

Sehr oft ist es vorgekommen, daß die Arbeitgeber nicht alle Arbeitnehmer wieder eingestellt haben, so daß die letzteren die einzelnen Arbeitgeber verlagert haben.

So weit die Rechtsprechung. Mit anderen Worten: Wenn eine Wiedereinstellungsklausel abgeschlossen worden ist, so können die einzelnen Arbeitnehmer klagen, aber nicht gegen die einzelnen Arbeitgeber, sondern gegen den Arbeitgeberverband.

Keine bisherigen Ausnahmen sind von ganz besonderer Bedeutung für Sie. Es geht um das Recht des lebendigen Menschen. Das ist außerordentlich wichtig, was natürlich nur ein kleiner Zeilenschnitt aus dem Rechtsgebiet des Tarifvertrages.

Auf allgemeinen Beschluß findet über den Vortrag Einzheimers keine Diskussion statt, um den empfangenen Eindruck nicht aufzuweichen.

Halle referiert darauf über den Gewerkschaftskongress in Breslau, bespricht seine Verhandlungen und Beschlüsse unter besonderer Berücksichtigung der Frage der Industrieorganisation.

Ulrich (Walbenburg) einen Antrag, monach ein außerordentlicher Gewerkschaftskongress zur Vorbereitung allgemeiner Kampfmaßnahmen stattfinden soll.

Schmidt (Kuhgebirg) polemisiert gegen die Haltung des Verbandsvorstandes und der Kongreßdelegierten zur Frage der Arbeitsgemeinschaft.

Meier (Saar) erhebt gegen die Leitung der Gewerkschaften den Vorwurf, daß sie die Verpflüchtung der Arbeiterbewegung verschuldet habe.

Im Schlußwort nimmt Halle kurz Stellung zu den Diskussionsrednern. Vor allem betont er, daß es doch die Kommunisten gewesen seien, die den Spaltplatz in die Gewerkschaften getragen haben.

Angenommen wird die Vorstandsentschließung: Die kapitalistische Entwicklung zur Konzentration der Produktion ist in den letzten Jahren im schnellen Tempo fortgeschritten.

Die Anträge, welche die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress durch Urwahl wollen, werden abgelehnt, ebenso ein Antrag, der die Wahl der Delegierten will durch Delegierte und Vertrauensmänner.

Den Bericht der Beschwerdekommission. Die Arbeit dieses Ausschusses wurde in drei Sitzungen erledigt. Die einzelnen Fälle — meistens Beschwerden gegen Verbandsausschüsse — interessieren als interne Organisationsangelegenheiten die Öffentlichkeit nicht.

Reil bei der Vorstandswahl entgegen dem Statut ein Mitglied des Kontrollausschusses aus dem Kuhgebirg zu viel gewählt wurde, beschließt die Generalversammlung, daß der Kamerad Sattler (Bezirk Serboin) in den Kontrollausschuß eintritt.

Schlussfassung.

Am Donnerstag nachmittag referiert Martini über den Verlauf des Internationalen Bergarbeiterkongresses in Prag. In kurzen Erläuterungen verweist er dabei auf die Beschlüsse in den Fragen der Tarifverträge, Berginspektoren, Arbeits- und Urlaubszeit, Pensionskassen, gegenseitigen Unterstützung usw. Ueber diese Fragen wurde in früheren Nummern unserer Zeitung ausführlich berichtet, so daß sich hier eine nähere Erörterung erübrigt.

Zu dem Punkt „Internationale“ liegen mehrere Anträge vor, die sich auf internationale Gewerkschaftseinheit und Anschließung des russischen Bergarbeiterverbandes an die Bergarbeiterinternationale beziehen. Da die meisten dieser Fragen nicht durch die Generalversammlung beraten und entschieden werden können, werden die Auffassungen der Generalversammlung in einer Erklärung dargelegt, in der gesagt wird, daß der deutsche Bergarbeiterverband jederzeit der Aufnahme des russischen Verbandes in die Internationale zustimme, wenn der Verband nur der Amsterdamer Internationale angehöre wolle und dessen Statuten und Beschlüsse anerkenne. Auch die Beteiligung an der Russlandreise lehne der Bergarbeiterverband nicht ab, verlange aber völlige Freiheit der Reise und Freiheit in der Auswahl der Dolmetscher.

Ein Antrag Bergner u. Gen. wendet sich gegen die internationalen Verständigungsversuche der Kapitalisten in der Kohlenindustrie, die Verteuerung der Kohle und Massenentlassungen von Bergleuten zur Folge haben müßte. Die Internationale soll dagegen für folgende Forderungen eintreten:

- 1. Zur Ausschaltung der Konkurrenz unter den einzelnen Ländern ist die Herabsetzung der Arbeitszeit mit allen Mitteln zu erkämpfen. Die Stundenzahl ist so zu bemessen, daß auch die Einstellung der erwerbslos gewordenen Bergarbeiter möglich wird.
2. In allen Ländern ist ein einheitlich geführter Kampf für die entschädigungslose Verstaatlichung der Kohlenindustrie zu organisieren. Damit gleichzeitig muß die weitestgehende Beteiligung an der Verwaltung und Bewirtschaftung durch die Gewerkschaften und Betriebsräte gesichert werden.

Limbergh wendet sich gegen diesen Antrag, der Nichtiges mit Fallschem vermengt. Nicht, was die Kapitalisten wollen, ist entscheidend, sondern, was die Arbeiter für notwendig halten. Vor einem halben Jahre druckte die „Bergwerks-Zeitung“ Artikel von Frank Sodges über die Kohlenkrise ab, heute denkt sie unter dem Eindruck des englischen Streiks nicht mehr daran. Ohne Gemeinwirtschaft (und dazu gehören Kohlenmonopole nach deutschem Muster, das natürlich inhaltlich noch sehr verbesserungsfähig ist), gibt es keine Lösung der Kohlenkrise. In der Arbeitszeitfrage kommt es nicht darauf an, was man fordert, sondern, was man erkämpfen kann. Entschädigungslose Enteignung ist heute in Deutschland nicht möglich.

Seibusch (Prag) verteidigt den Antrag und kommt auf die russische Anschließungsfrage zu sprechen. Er verteidigt sich zu einer Bemerkung, daß Führer in gesicherter Existenz kein Verständnis für die Nöte der Massen hätten.

Limbergh weist den letzteren Vorwurf, der sich anscheinend auch gegen die Leitung des Verbandes richtet, scharf zurück mit dem Hinweis auf die aufopfernde Tätigkeit der einzelnen Personen in zwanzig-, dreißigjähriger Arbeit. (Die Versammlung stimmt lebhaft zu.) Die Bergarbeiterinternationale ist bereit, auch den russischen Verband aufzunehmen, wenn er nicht mehr einer anderen, der Amsterdamer Internationale feindlichen Internationale angehört.

Nach Ablehnung des Antrags Bergner kommt die Generalversammlung zum Schluss.

Kamerad Schmidt sagt namens der Saargebietdelegierten allen Teilnehmern an der 25. Generalversammlung seinen Dank und erwidert, die Grüße entgegenzunehmen und den deutschen Kameraden zu übermitteln. Die Delegierten sollen drüber den Kameraden sagen, wie sie die Verhältnisse hier gefunden haben, sie sollen ihnen sagen, daß das Saargebiet und seine Bewohner deutsch sind, daß das Saargebiet deutsch war, deutsch ist und deutsch bleiben wird. Sie sollen auch allen Arbeitern und Kameraden drüber erzählen von den ungeheuer schwierigen Verhältnissen, von der Inflation und den damit verbundenen Lohnbewegungen und -kämpfen, damit wir, wenn es notwendig ist, die Solidarität der Kameraden im Reich finden.

Dann nimmt Kamerad Hujemann das Wort zu seiner

Schlussrede.

Am Schlusse der 25. Generalversammlung unseres Verbandes glaube ich im Namen aller Delegierten zu handeln, wenn ich namentlich der Bezirksleitung an der Saar danke für alles, was sie getan hat, um uns hier die Arbeit zu erleichtern und den Aufenthalt angenehm zu machen. Ich sage Dank auch allen Kameraden, die dazu beitragen, die erhebende Kundgebung am vergangenen Sonntag zu veranstalten. Ich danke allen Teilnehmern an dieser gewaltigen Massenfundgebung. Zu danken habe ich auch den mitwirkenden Sängern, Sängerinnen und Künstlern, die unser Fest am Sonntag verschönern halfen. Vor allem danke ich aber auch der Arbeiterjugend und der Bergarbeiterjugend, die sich in so großer Zahl an der Demonstration beteiligten. Das war mir ein Zeichen, daß die Bergarbeiterbewegung hier gesund ist, auf eine solche Bergarbeiterjugend darf sie mit Stolz und Zukunftsvertrauen blicken. Dank geht auch der Stadt Saarbrücken für die Lieberlassung des Saales und für die freundliche Aufnahme. Ich danke aber auch der Presse für ihre Berichterstattung. Abgesehen von Einzelheiten, die erklärlich sind, weil niemand aus seiner Haut heraus kann, hat sie ihre Berichterstattung sachlich gehalten.

Ich darf wohl sagen, daß unsere ganze Veranstaltung auf einer guten Höhe gestanden hat, die Debatte war im allgemeinen durchaus sachlich. In einem Rückblick hat die Generalversammlung geprüft, ob die Verbandsleitung entsprechend den Zeitverhältnissen das Richtige getan hat. Sie hat für die Zukunft Wege und Ziele, kommende Arbeiten und Kämpfe besprochen. Sie haben den alten Vorstand wiedergewählt, das ist das beste Vertrauensvotum. Er wird sich auch in Zukunft bemühen, seine Pflicht nach jeder Richtung zu erfüllen.

Wir haben uns mit sozialpolitischen Fragen, Erwerbslosenversicherung, Bergarbeiterrecht und anderen wichtigen Fragen beschäftigt. Wenn ich hier das Referat des Herrn Professors Einzheimers an die Spitze stelle, so tue ich das wohl mit Recht. Manchem, der vielleicht geneigt ist, gerade in diesen Tariffragen auf die Verbandsleitung zu schauen, wird bei diesem Referat klar geworden sein, daß es äußerst schwierig ist, auf allen Gebieten zu Hause zu sein, und mancher wird auch wohl eingesehen haben, welche große Arbeit der Verbandsvorstand gerade auf diesem Gebiet zu leisten hat. Die Delegierten werden mit gutem Gewissen den Kameraden draußen in den Revieren mitteilen können, daß alles getan wurde, um der Sache der Bergarbeiter zu dienen. Wir haben unseren Saarkameraden durch einstimmige Annahme ihrer Entschuldigungen unsere Unterstützung gewährt, weil sie zu uns gehören und weil wir immer mit ihnen verbunden sind. Ihre Wünsche sind unsere Wünsche. Wir werden bemüht sein, alle gefassten Beschlüsse durchzuführen. Dabei brauchen wir aber die Hilfe der Kameraden draußen im Lande.

Wir waren und sind für die Industrieorganisation und werden es auch bleiben. Wir werden demnach mit einem Plan für diese Organisation herauskommen und mit anderen Verbänden darüber verhandeln.

Was die Frage der Einheitsorganisation anbelangt, so werden wir früher oder später bereit sein, alle Organisationen zusammenzufassen. Die Internationale des Verbandes der Bergarbeiter, die zur Amsterdamer Internationale gehört, hat aber auch ihr Statut und diesem Statut müssen sich natürlich auch alle unterwerfen.

Wir haben uns weiter mit der Frage des englischen Kampfes beschäftigt, haben immer entsprechende Entschuldigungen angenommen und werden uns auch weiterhin bemühen, unseren englischen Kameraden zu Hilfe zu kommen. Schimpfen und Hänern hilft bei uns nichts, der Mahnruf muß gehört werden: Verfehrt keine Ueberlichter! Wenn das nicht getan wird, was soll dann noch durchgeführt werden können?

Wichtige Beschlüsse zum Statut wurden gefasst. Es liegt an uns allen, zu zeigen, daß wir gute Kameraden und gute Demokraten sind, indem wir diese Beschlüsse zur Durchführung bringen. Mehr wie einmal wurde der Ruf nach Einheit laut. Ich halte es dabei mit Laffale, der sagt: „Was man will, da muß man immer von neuem drauflos hämmern!“

Und nun noch ein Wort an die kommunistischen Kameraden. Ich habe schon einmal gesagt; zwischen uns bestehen Meinungsverschiedenheiten über den Weg und manchmal auch über das Ziel. Diese Meinungsverschiedenheiten dürfen aber nicht so ausgetragen werden, wie es jetzt oft draußen der Fall ist. Bei aller Kritik und Meinungsverschiedenheit müssen wir uns als Kameraden schätzen und den guten Ton wahren. Sie dürfen uns glauben, daß es dem Vorstand nicht leicht wird, Ausschüsse vorzunehmen. Diese Mitglieder sind für die Organisation verloren. Wir können aber Verlesungen des Statuts und der Generalversammlungsbeschlüsse, noch dazu wenn sie hartnäckig und wiederholt erfolgen, nicht zulassen. Wir wünschen nichts feinerlicher, als das die niedrige Kampfesweise aufhört, die sich jetzt draußen gegen uns bemerkbar macht. Wenn die kommunistischen Kameraden in diesem Sinne mitarbeiten, dann werden wir schaffen können, was wir uns vorgenommen haben:

Die Bergarbeiter in bessere materielle Verhältnisse zu bringen und sie aufwärts zu führen zu einer höheren Stufe der Bildung und Kultur.

Das ist eine schöne, große Aufgabe, und wir haben unsere ganze Kraft und unser ganzes Können dafür einzusetzen. Sie ist Dienst an der Bergarbeiterklasse und damit Dienst am Volk und an der ganzen Menschheit. In diesem Sinne wollen wir arbeiten, und damit schliesse ich unsere 25. Generalversammlung. (Lebhafte Beifall.)

Mit dem Absingen des Knappenliedes fand die prächtig verkaufene Generalversammlung ihr Ende.

Nachzutragen ist noch die folgende, zum Geschäftsbericht einstimmig angenommene Vorstandsentschließung zur Wirtschaftslage:

I.

Die Wirtschaftsentwicklung der Nachkriegszeit hat nicht vermocht, das zerstörte Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Verbrauch wiederherzustellen. Wohl ist es gelungen, die Produktivkraft der deutschen Wirtschaft in erstaunlichem Maße zu steigern, ohne doch in gleicher Weise die erschöpften Kräfte des heimischen wie des Weltmarktes nachhaltig zu beleben. In diesem Mangel liegt auch die tiefe Ursache der Abnahrung des Bergbaues begründet, die durch Umstellungen in der Kraftverföhrung der Welt noch ein besonderes Gepräge erhalten hat. Die Absatzmärkte im In- und Auslande sind der Schwauplast heftiger Konkurrenzämpfe, die meist zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Bergarbeiter führen. Tausende und aber Tausende von Bergleuten sind brotlos geworden.

In einseitiger Verfolgung seiner privatwirtschaftlichen Interessen glaubte das Unternehmertum, einen Ausweg in planlosen Betriebseinschränkungen und Stilllegungen suchen zu sollen, selbst unter offenkundiger Verletzung öffentlicher und Arbeiterinteressen. Solche Maßnahmen richten sich in ihrer Auswirkung gegen die Gesamtwirtschaft, die durch die Uebertragung von Syndikatsbeteiligungen und Gewinnquoten der Bergwerksbesitzer keinerlei Entlastung erfährt, wohl aber die bittere Sorge für die erwerbslosen Bergarbeiter zu tragen hat. Dem wiederholten Verlangen des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands im Verein mit anderen Organisationen auf Mitwirkung der Gewerkschaften zur Abwendung schwerer Schäden für die betroffenen Arbeitnehmer wurde nicht nachgegeben. Die 25. Generalversammlung erhebt Einspruch gegen diese verderbliche Willkür und fordert von der Reichsregierung die beschleunigte Durchführung der vom Reichstage in einer Entschließung vom 30. April 1926 verlangten Prüfungs- und Schutzmaßnahmen. Der darin vorgegebene vorläufige Ausschuss soll bei beabsichtigten Betriebseinschränkungen und Stilllegungen im Kohlenbergbau befugt sein, eine Prüfung der Verhältnisse dieser Betriebe vorzunehmen, Unterlagen, Gutachten und eibliche Zeugenaussagen einzufordern und eine Zustimmung, ohne die keine Stilllegung oder Einschränkung erfolgen darf, nur zu erteilen, wenn die kommunalen Interessen in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung berücksichtigt sind und eine Entschädigung der zur Entlassung kommenden Arbeiter und Angehörten sichergestellt ist, wofür die Entschädigungsbeträge auf den Kohlenbergbau umzulegen sind. Die Deffektivität wie die Bergarbeiter haben Anspruch auf Aufklärung über die Wirtschaftsgebarung des deutschen Bergbaues.

Die Jugend marschiert auf!

Zum erstenmal fand am 10. und 11. Juli in Düsseldorf ein großer freigewerkschaftlicher Jugendtag statt. Aus Rheinland-Westfalen und den benachbarten Gebieten kamen die jungen Mitglieder der freien Gewerkschaften scharenweise zusammen. Schon frühzeitig hatten 7000 Teilnehmer ihr Kommen gemeldet, Geschäftsstelle Bochum unseres Verbandes kam allein in einem Zug von 90 Mann an. Die Straßen von Düsseldorf zeigten deshalb am Samstagnachmittag ein buntes belebtes Bild. Immer neue Scharen strömten aus der Bahnhofshalle. Mit Sang und Klang ging es dann in wohlgeordneten Trupps zu den Quartieren. Aus allen Augen der Teilnehmer aber leuchteten frohe erwartungsvolle Blicke.

Der Aufmarsch der Jugend sollte mancherlei bezwecken. Nach außen sollte er eine wichtige Kundgebung für Jugendschutz und Jugendrecht sein. Dann sollte aber auch jeder einzelne Teilnehmer sehen und erleben, daß allerorts gleichgesinnte Kameraden wirken und schaffen für die freie Gewerkschaftsidee. Zugleich sollte dem anwesenden Bundesvorstand des ADGB ein würdiger Willkommengruß dargebracht werden. Und schließlich verpfauch die große Ausstellung „Gesolei“ nicht nur einige angenehme Stunden, sondern auch eine nützliche Seite. Die Bedeutung des Jugendtages war also vielseitig.

Eingeleitet wurden die Veranstaltungen abends mit Jugendversammlungen. Die Vorsitzenden einzelner Verbände sprachen dabei zur Jugend. Für uns als Bergarbeiter mußte dies unterbleiben, weil unsere Jungkameraden zu spät eintrafen. Mit dem Eintritt der Dunkelheit versammelten sich dann alle Teilnehmer zu einem großen Fackelzug. Es war ein imposantes Bild. Ueber eine Stunde währte der Aufmarsch der Jugend. In würdevollem Marschschritt und mit trübem kampfesfreudigem Gesang zogen die Tausende dahin, von vielen Augen verfolgt und bewundert. Es war ein jhmholischer Akt, inmitten den prunkhaften Straßen der Großstadt und dem spießbürgerlichen Treiben eine Masse junger Arbeiter aufmarschieren zu sehen. Mit uns zieht die neue Zeit! Diese Gewißheit mußte jeder haben, der mitmarschierte und die augenfälligen Merkmale bürgerlicher Kultur am Abend in der Großstadt sehen konnte. Wie die vielen Fackeln in dunkler Nacht aufleuchteten, so wird auch die Sehnsucht nach Freiheit und Menschenrecht in jeder einzelnen Arbeiterbrust siegesgewiß weiter brennen. Das war der Eindruck, der jedem Teilnehmer am Fackelzug lebendig wurde.

Nach einem mehr als zweistündigen Marsch löste sich der Zug auf den Weien am Rheinufer auf. Alte, ergraute Kämpfer, Knoll und Graßmann vom Vorstand des ADGB sprachen zur Jugend. Spät, sehr spät ging es dann in die Quartiere.

Der nächste Morgen sieht die Jugend im „Planetarium“ der Ausstellung versammelt. Die Führer des ADGB, und der ein-

Besonders scharf tritt die einseitige Verfolgung privatwirtschaftlicher Interessen in der Stilllegung des größten Teiles des Eisenbergbaues in der Erscheinung.

Der durch den verfallenen Vertrag geschaffene Zustand, monoton der deutschen Eisenindustrie drei Viertel der Erzfazis verloren gingen, hätte bei Berücksichtigung der öffentlichen und Arbeiterinteressen zu einer intensiveren Erschließung und Ausnutzung der verbliebenen Erzlagerstätten führen müssen. Statt dessen ist das für die Erwerbsfrage Deutschlands wichtigste Gebiet der Lohn, der Still, Oberhellens und des Siegerlandes fast vollständig zum Erliegen gebracht worden.

Die Generalversammlung fordert von der Reichsregierung und den Landesregierungen beschleunigte Hebung dieses Notstandes. Sie hält neben Maßnahmen allgemeiner Art und einer besonderen Fürsorge für die Arbeiter dieser Gebiete insbesondere die beschleunigte Durchführung der Lohnanpassung, die Ermäßigung der Eisenbahntarife und eventuell Zwangsmaßnahmen gegenüber der Güterindustrie bezüglich der Abnahme der Erze für dringend erforderlich.

II.

Zur Erhaltung der Leistungsmöglichkeit der Bergarbeiter ist eine Abkehr von der bisher unzureichenden Lohnentwicklung dringend notwendig. Eine Ubfahrtsteuerung und damit Aufschließung des inneren Marktes ist ohne Erhöhung der Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger nicht zu erreichen. Die Generalversammlung fordert daher die Kameraden auf, mit aller Energie und Ausdauer dem Kampf um die Verbesserung der Löhne Nachdruck zu geben.

III.

Die Generalversammlung erblickt in der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens den Anfang einer erlebenswerten internationalen Regelung der Arbeitszeit und erwartet gleichzeitig von der Reichsregierung die alsbaldige Vorlage eines allgemeinen Arbeitszeitgesetzes, in dem auch die Schichtarbeit der unter Tage beschäftigten Bergarbeiter eine entsprechende Regelung erfährt. Wir verweisen dazu auf die wiederholten Beschlüsse unseres Verbandes, die zunächst auf die Siebenstundenschicht im Bergbau unter Tage abzielen.

IV.

Die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Bergbau liegt auf dem Wege der Demokratisierung der Wirtschaft im Sinne der gewerkschaftlichen Grundforderungen. Danach sind eine Reihe einseitiger Machtbefugnisse der Arbeitgeber durch Vertrag beseitigt worden. Im Interesse der im Bergbau beschäftigten Arbeitnehmer liegt es daher, daß die Tarifverträge weiter entwickelt und vervollkommen werden. Die Generalversammlung hält es für erforderlich, daß eine weitere und günstigere Zusammenfassung der bestehenden Revier- und Einzeltarife zu größeren Gebietsstarifen, eventuell zu Reichstarifen, erfolgt. Die Erringung dieses Zieles hat aber eine Stärkung des Verbandes zur Voraussetzung, die sich die Arbeitskammeraden des Bergbaues dringend angelegen sein lassen sollen. Die Generalversammlung fordert daher die Kameraden in den Bergbaurevieren auf, mit allen Kräften für diese Ziele einzustehen.

Zur Unfallversicherung

ist noch folgende einstimmig angenommene Entschließung nachzutragen:

Durch die am 12. Mai 1925 erlassene Verordnung des Reichsarbeitsministers, wonach auf Grund des § 547 der Reichsversicherungsordnung eine Anzahl gewerblicher Berufskrankheiten der Unfallversicherung unterstellt sind, sind Berufskrankheiten des Bergbaues fast vollständig übergegangen worden. Nur die auf dem Aussterbeetat stehende Wurmkrantheit wurde übernommen. Dagegen sind Miltagnus (Mugenzittern) und Pneumonofoioje (Lungenversteinerung) unberücksichtigt geblieben. Das Mugenzittern ist noch weit verbreitet und behindert eine große Anzahl Arbeiter in ihrer vollen Erwerbsfähigkeit. Geradezu katastrophalen Charakter nimmt jedoch die Pneumonofoioje an. Uffsehen erregende Vorrichtungen über Umfang und Gefahren dieser Krankheit hat Prof. Böhme (Bochum) angestellt und veröffentlicht. Danach litten von 71 im Krankenhaus aufgenommenen Kohlenbauern mit mehr als zehnjähriger Berufstätigkeit 23, also 32 Prozent, an Lungenverdichtung. Weit schlimmer noch stand es bei den Steinhauern. Von 49 im Krankenhaus unterzuchten Steinhauern mit mehr als zehnjähriger Berufstätigkeit boten 33, also 67 Prozent, im Röntgenbild Zeichen starker Lungenverdichtung. 29 davon oder 59 Prozent waren direkt krank.

Diese erschreckenden Zahlen geben der 25. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands Veranlassung, vom Arbeitsminister zu fordern, daß beide genannten Krankheiten als Berufskrankheiten des Bergbaues unter die Verordnung vom 12. Mai 1925 gestellt werden und somit der Unfallgesetzgebung unterliegen.

zeln Verbände bzw. deren Vertreter sollten zur Jugend sprechen und die Forderung nach Jugendschutz und Jugendrecht begründen. Für unseren Verband sprach Kamerad Martini. Er wies auf die gesundheitliche Not der arbeitenden Jugend hin und forderte Abhilfe. (Wir bringen diese Ausführungen in einem weiteren Artikel. D. Red.) Zu einem feierlichen Höhepunkt wurde die Kundgebung, als Tarnow vom Holzarbeiterverband am Schluß von den Versammelten ein heiliges Gelübnis forderte, fest und unerschütterlich bei den freien Gewerkschaften zu stehen. Ein vielstimmiger Chor der Jugend bekräftigte das. Mit einem spontanen Gesang der Internationale endete die Feier, nachdem der Bezirkssekretär des ADGB für Rheinland-Westfalen der Uebenheber Jugend in Anerkennung rühriger Arbeit einen Wimpel gestiftet hatte. Der Nachmittag war dem Besuch der „Gesolei“ gewidmet.

Kurze Worte können nicht all das Erlebte schildern und veranschaulichen. Viele ältere Kameraden schauten mit tiefer Rührung auf die Jugend als die neuen Bannerträger des sozialistischen Gedankens. Siegesgewißheit und Zukunftshoffnung empfand jeder, der den Jugendtag sehen und erleben durfte.

Was haben wir daraus zu lernen? Der Aufmarsch der Jugend kommt nicht von ungefähr. In den einzelnen Orten und Revieren hat es langer, schwerer Kleinarbeit bedurft, um die jungen Kameraden zu gewinnen und zu begeistern. Aber der mühseligen Arbeit blieb der Erfolg nicht verjagt. Die Jugend marschiert! Sorgen wir darum auch dafür, daß in dem großen Massenheer nicht die verantwortungs- und zielbewußten Bannerträger unserer Sache fehlen. Kameraden, leistet Jugendarbeit!

Ein Aufruf des ADGB an die Jugend.

Die deutschen Gewerkschaften können auf eine Geschichte von nahezu acht Jahrzehnten zurückblicken. Aber kaum sind 40 Jahre verfloßen, seit die Gewerkschaften aus unscheinbaren, kaum beachteten örtlichen Organisationen zu den mächtigen Zentralverbänden wurden, die in allen Städten und Gemeinden jetzt einen großen Teil der gesamten Arbeiterchaft in ihren Reihen vereinen. Die besten und weitblickendsten Elemente der deutschen Arbeiterchaft sind in den Gewerkschaften zusammengeschlossen. Männer und Frauen, die nicht nur ihrem eigenen Vorteil nachgehen, sind im Bunde mit ihren Kameraden — Einer für alle, alle für einen! —, die sich und den kommenden Geschlechtern ein freies, nach außen gesichertes, in großen Kräften fittlicher und geistiger Kultur erschlossenes Leben erkämpfen wollen. Tief erlebte Solidarität unter den Arbeitsbrüdern und -schwestern ist die sittliche Macht, der die Gewerkschaftsbewegung ihren Aufschwung verdankt. Generationen von Arbeitern und Arbeiterinnen

haben, mitgerissen von diesem Geist opferwilliger Kameradschaft, begeistert von der großen Idee einer Wirtschaft, die von dem Grundgedanken der Solidarität mit allen in ihrer Tätigkeit befreit sein soll, unter harten Entbehrungen und schweren Kämpfen ihre ganze Kraft eingeleistet für einen großen Gedanken...

Der große Kampf um die Demokratisierung der Wirtschaft ist eingeleitet, aber noch lange nicht abgeschlossen. Er bedarf zu seiner siegreichen Durchführung des gleichen leidenschaftlichen, opferbereiten Willens, wie er die ältere Generation besaß. Das junge Geschlecht muß das begonnene Werk der im Dienst der Bewegung ergrauten Männer und Frauen fortführen und vollenden...

Kameraden, agitiert für den Verband

Fragen der Arbeiterversicherung

Vorstandsitzung der Reichs-Knappschaft

am 14. Juli in Düsseldorf.

Nach den §§ 219, 220 und 222 der Reichsversicherungsordnung in Verbindung mit dem § 25 des neuen Reichs-Knappschafts-Gesetzes muß im Falle der Erkrankung eines Versicherten, der außerhalb eines Ortes wohnt, auf den sich das Vertragsverhältnis der Bezirks-Knappschaft nicht erstreckt, sowie einem Versicherten, der während eines vorübergehenden Aufenthaltes an einem solchen Orte erkrankt, auf Erfordern seiner Klasse die allgemeine Ortskranken-

Um zu verhindern, daß einzelne Bezirks-Knappschaften übermäßig durch Rentenleistungen belastet werden, die bei ihnen nicht verdient worden sind, beschloß der Vorstand, daß auch bei Neu-Verordnungen von Pensionen die Listen für Dienstjahre, die in elbsch-Thüringischen Knappschaftsvereinen erworben sind und die die Reichs-Knappschaft anrechnet, auf die Gemeinlast übernommen werden.

Der Beschluß des Vorstandes der Ruhrknappschaft, nach welchem krankiernden Mitgliedern, die nach Ablauf der 26. Woche noch arbeitsunfähig sind und bei denen jedoch bis dahin nicht entschieden worden ist, ob sie heilungsfähig sind, das Krankengeld auch über die 26. Woche hinaus gezahlt und später auf die Knappschaftspension angerechnet wird, fand die Zustimmung des Vorstandes mit der Maßgabe, daß diese Regelung für die gesamte Reichs-Knappschaft zu gelten hat.

Die reichsgerichtliche Invalidentarife wird Versicherten bekanntlich auch ohne Nachweis der Invalidentarife durch ärztliche Zeugnisse dann gewährt, wenn sie das 65. Lebensjahr vollendet und die Wartelzeit erfüllt haben. Eine ausdrückliche Bestimmung, die den Witwen von verstorbenen Mitgliedern der Invalidentversicherung bei Vollendung des 65. Lebensjahres ebenfalls die Witwenrente zuerkennt, besteht nicht.

Im Artikel 16 Abs. 3 der Uebergangsbestimmungen zur Novelle des Reichs-Knappschafts-Gesetzes wird bestimmt, daß in schwebenden Fällen Rentenansprüche nach den Vorschriften des neuen Gesetzes zu gewähren sind.

in solchen Fällen die Leistungen nach dem jetzigen oder dem dem früheren Reichs-Knappschafts-Gesetz zu gewähren sind. Der Vorstand entschied, daß bis zum 1. Juli 1926 die Ansprüche nach dem alten Gesetz und erst für die Zeit nach dem 1. Juli 1926 nach dem neuen Gesetz gewährt werden.

Eine Änderung des Bezirksvertrages der Oberhessischen Knappschaft, die dem Vorstande zur Annahme vorlag, ist genehmigt worden. Desgleichen wurde die Änderung des Bezirksvertrages der Niederrheinischen Knappschaft mit der Maßgabe genehmigt, daß der Urlaub bei den Angestellten der Ruhrknappschaft nicht überschreiten darf.

Die Angelegenheit des Kameraden Wendt aus der Hessisch-Thüringischen Knappschaft, der rechtmäßig in den Vorstand dieser Knappschaft gewählt wurde, jedoch an den Sitzungen nicht teilnehmen konnte, weil die Hessisch-Thüringische Knappschaft behauptete, daß Kamerad Wendt kein Anerkennungsgebührenzahler sei, ist zugunsten Wendts entschieden worden.

Dem Arztvertrag, den die Sächsische Knappschaft mit den dortigen Ärzten abschloß, mußte der Vorstand die Genehmigung verweigern. Dieser Vertrag fällt nämlich aus dem Rahmen der sonstigen Verträge mit Ärzten völlig heraus und enthält einige bedeutende Bestimmungen, die von den Versichertenvertretern des Vorstandes der Reichs-Knappschaft nicht hingenommen werden können.

Anträge von Werken der Süddeutschen Knappschaft auf Niederzahlung von Vergütung sind vom Vorstand abgelehnt worden. Das gleiche Schicksal ereilte die Anträge der Niedersächsischen Knappschaft auf Verabreichung der Vergütung für den niederschlesischen Bezirk.

Arbeitschichten und Durchschnittslöhne im preussischen Bergbau.

Aus den Tabellen über die Entwicklung der Durchschnittslöhne und der Arbeitschichten im preussischen Bergbau, die für das 1. Quartal 1926 herausgegeben sind, ist keine günstige Entwicklung für die Bergarbeiter zu erblicken. Die Löhne haben sich fast auf der Höhe des 1. Quartals 1925 gehalten.

Ein noch ungünstigeres Bild bietet die Tabelle über die verfahrenen Arbeitschichten. Trotzdem sich wieder ein ganz bedeutender Rückgang der Vollarbeiterzahlen zeigt, im Oberbergamtsbezirk Dortmund allein über 30 000, wurden insgesamt über 1 702 780 Ueberwachungen verfahren.

Duktionsprozeß sich hätten auswirken können. Die Zeitungen der Bergbauindustriellen schimpfen über die „faulen“ Erwerbslosen und gerufen gegen die „viel zu hohen“ Unterhaltungsätze.

Alterpension und Reichsinvalidenversicherung gekürzt durch die 877 882 Ueberwachungen auf Kosten von 11 628 erwerbslos gewordenen Kameraden.

Wären unsere Kameraden draußen in den Revieren sich diese Zahlen zu Gemüte führen. Das Geschrei der Unternehmer gegen die „zu hohe Belastung“ durch die soziale Versicherungsfürsorge erhält unter dieser Betrachtung einen ganz besonderen Reiz.

Solange die Arbeiter nicht die naturnotwendigen Konsequenzen aus dem Karneval der kapitalistischen Wirtschafts-, führung und gesellschaftlichen „Ordnung“ ziehen, werden uns die Marionettenfiguren dieser Zeit solche Silber zeigen, wie sie sich aus der Betrachtung der untenstehenden Tabellen ergeben.

Arbeitschichten in den preussischen Bergbauzirkeln während des 1. Quartals 1926.

Table with 12 columns: Bergrevier, Vollarbeiter (1. Quartal 1925, 1. Quartal 1926), weniger oder mehr als im 1. Quartal, Versicherte Arbeitsschichten je Vollarbeiter, davon Ueberwachungen insgesamt je Arbeiter, Pensionsdienst je Schicht (4. Quartal 1925, 1. Quartal 1926), auf 1 Vollarbeiter je Schicht, 1. Quartal 26, Versicherungsbeiträge je Vollarbeiter je Schicht.

Durchschnittslöhne der einzelnen Vollarbeitergruppen im 1. Quartal 1926.

Table with multiple columns for Bergrevier, Gruppe I: Feuer und Schmelz, Gruppe II: Reparaturarbeiten, Gruppe III: Arbeiter über Tage, Gruppe IV und V: Jugendl. unter 16, weibl. Arbeiter, and % der Gesamt-Produktionsleistung. Rows include Steinfolienbergbau, Salzbergbau, Erzbergbau, and Braunkohlenbergbau.

Aus dem Kreise der Kameraden.

† UNSERE TOTEN †

Zahlstelle Oberwülfchitz. Einen unserer besten Kämpfer, unseren langjährigen Vertrauensmann, den Kameraden Max Döber hat der Tod aus unserer Mitte gerissen. Wir werden seiner immer gedenken! Möge die jüngere Generation sich sein Wirken als Vorbild nehmen!

Zahlstelle Effen-Kolsterhausen. Am 10. Juni verstarb unser treuer Kamerad und Funktionär Franz Starkat. Die Zahlstelle verliert in ihm eine ihrer besten Streiter.

Was Hufemann alles gesagt haben soll.

Kamerad Hufemann hat kürzlich mit einem Zeitungsmann ein paar Worte über den Kampf der englischen Bergarbeiter gewechselt, aus denen dieser Zeitungsmann einen wahren Brei von Unmöglichkeiten zusammengekocht und der Presse serviert hat. Danach soll Hufemann z. B. gesagt haben: „Von materieller Unterstützung der deutschen Arbeiter kann kaum noch die Rede sein, da die Arbeiter sich schlechthin weigern, von ihrem wenigen Verdienst wenn auch nur minimale Summen abzuführen.“

Solchen Unsinn hat Hufemann natürlich nicht gesagt, sondern ausgeführt, daß die Unterstützung bei der elenden Lage der Bergleute naturgemäß nur gering sein könne. Er hat weiter darauf hingewiesen, daß es überhaupt sehr schwer sei, einen Streik von 1,2 Millionen Menschen auf längere Zeit zu finanzieren.

Dann soll Hufemann gesagt haben, der Kampf der englischen Bergarbeiter werde nur siegreich sein, wenn es gelingt, die Produktion zu fördern, und das wird wiederum abhängig sein, wie es möglich wird, aus der Kohle Öl zu produzieren und die ausländischen Märkte, die dieses Produkt notwendig gebrauchen, zu versorgen.

Auch hier liegt der Unsinn auf der Hand. Nicht um Steigerung der Kohlenproduktion handelt es sich in England, sondern um ihre Anpassung an den Absatz. Von der Entwicklung der Ölproduktion aus Kohle hängt die Lösung der Bergbaukrise in England ebenso viel und ebenso wenig ab wie in anderen Ländern. Natürlich hat Hufemann auch den oben zitierten Unsinn nicht ausgeprochen. Dann hat er Subventionen zwar als ein ungeeignetes Mittel zur Lösung der Bergbaukrise bezeichnet, sie aber nicht in der Weise mit seiner Auffassung über den englischen Streik in Verbindung gebracht, wie der Ausländer ihn das tun läßt. Wie der Verband und damit Hufemann zu den aufgeworfenen Fragen stehen, ist aus den offiziellen Rundgebungen und Maßnahmen des Verbandes zur Genüge bekannt.

St Hufemann Polizeichef?

Auf einen so überschriebenen Artikel im „Ruhr-Schau“ vom 15. Juli kommen wir noch zurück. Die in dem Artikel erwähnten Ausschlußverfahren gegen vier Mitglieder sind noch nicht erledigt. Weiter sagt aber der Artikel, daß die „Hufemänner und Graf“ Mitglieder ausschließen, weil sie kommunistisch seien. Das ist gelogen, nie ist deshalb ein Mitglied ausgeschlossen worden, sondern nur wegen grober Schädigung des Verbandes, wegen Verstoße gegen Statut und Generalversammlungsbeschlüsse. Weiter heißt es: „Sie bedienen sich dabei Elemente, die längst als politisch korruptierte Betriebsräte bekannt sind, und brauchen sie als Schiedsrichter und Beisitzer.“ Wir wissen nicht, auf welchen Fall hier Bezug genommen wird, aber wer von der RPD als „politisch korruptiert“ bezeichnet wird, kann sehr wohl ein guter Verbandskamerad sein.

Gelegentlich ist ferner, daß unter Hufemanns Führung Fraktionsbesprechungen stattfanden, in denen fortgesetzt auf der Tagesordnung stehe, wie man am besten die Kommunisten im Verband bekämpfe. Leute wie Graf hätten dort manchmal Mittel und Wege vorge schlagen, die in jeder Spitzelabteilung einer Polizeidirektion geläufig seien.

Gegen solche Gemeinheiten brauchen wir unsere Kameraden nicht zu verteidigen, wir stellen nur noch fest, daß Hufemann niemals an „Fraktionsbesprechungen“ teilgenommen hat.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Ber. Magarethe-Sölde nicht unrentabel!

Für diese Grube war Abbruch beantragt worden. Die Schlußverhandlungen unter Leitung des Oberbergamtsdirektors Dr. Weise ergaben, daß dem Antrag nicht beigetreten werden konnte. Aus dem Ergebnis teilen wir vorläufig, vorbehaltlich weiterer Stellungnahme, mit:

Bei der Bewertung des Statuts der Zeche Ber. Magarethe unter und über Tage, insbesondere auch in geblücker Hinsicht, kann den Angaben der Rechenverwaltung in ihrer Stilllegungsanzeige vom 12. Mai d. J. sowie ihren Ausführungen in der Stilllegungsverhandlung am 27. Mai d. J. nicht beigetreten werden, daß eine „andauernde Unrentabilität des Betriebes“ und eine „stark zunehmende Schwere der Verlustwirtschaft“ besteht, daß „die Fortführung des Betriebes bis Anfang April d. J. nur durch künstliche Mittel möglich gewesen sei“ unter „Opferung der letzten Reserven“ und daß „der bisher nur künstlich aufrecht erhaltene Betrieb finanziell Ende März d. J. in sich zusammenbrechen mußte“.

Die Nachprüfung hat demgegenüber vielmehr ergeben, daß die Kohlenrundlage der Zeche Ber. Magarethe gesund und für einen Zeitraum von noch mindestens 15 Jahren ausreichend ist. Für diese Bewertung ist jedoch Voraussetzung, daß die Arbeitnehmererschaft es sich ständig angelegen sein läßt, die Kohlen rein zu fördern. Die entstandenen mäßigen Betriebsverluste sind allein auf die hohen Abschreibungen zurückzuführen. Ferner ist festzustellen worden, daß seit der Marktabstufung im Jahre 1923 Guthaben in Höhe von rund 575000 Mark entstanden und verzinslich angelegt sowie weitere 90000 Mark in Form von Beteiligungen aus dem Betriebe heranzugeworfen worden sind. Endlich kann die zeitgemäße Umgestaltung der Zeche im Rahmen ihres nur mittleren Umfangs mit nicht übermäßig hohen Mitteln zu Ende geführt werden. Auf Grund dieser Ergebnisse der Nachprüfung der Verhältnisse der Zeche kam der Sonderbeauftragte zu dem Schluß, daß weder die Betriebsstilllegung und noch weniger der geplante Betriebsabbruch auf Grund der festgestellten Wirtschaftszahlen gerechtfertigt seien.

Die Wirksamkeit des Gesteinstaubverfahrens

wird in einer Zuschrift des Oberbergamts Dortmund folgendermaßen dargestellt:

Auf der Zeche Preussische Glus bei Minden hat sich am Sonntag, den 6. Juni d. J., gegen 8 Uhr abends eine schwere Schlagwetterexplosion ereignet. Es handelte sich zu dieser Zeit glücklicherweise nur um einen Mann, ein Pumpenwärter, in der Grube. Dieser ist getötet worden.

Die Zeche baut ein Flöz der Wealdenformation. Es ist rund 30 Meter mächtig. Die Grubengasentwicklung ist ziemlich stark. Die Explosion hat sich, obwohl sie an den reichlich vorhandenen Schlagwetterern genügend Nahrung vorfand, infolge des etwa schon seit zwei Jahren durchgeführten Gesteinstaubverfahrens nicht voll entwickeln können, sondern ist schon nach kurzem Verlauf nach der einen Seite hin durch eine Gesteinstaubspitze, nach der anderen durch den gestreuten Gesteinstaub abgeleitet worden. Trotzdem war ihre Gewalt so groß, daß sie sich über eine Entfernung von über 1300 Meter durch mechanische Zerstörungen bemerkbar gemacht hat. Die Wirkung des Gesteinstaubes war offensichtlich: die Gesteinstaubspitze war vollständig verschunden; von den Brettern der Sperre waren nur noch Spuren in dem der Schlagseite entgegengesetzten Erdenteile zu finden, der auf der Sperre aufgehäufte Staub war weit in die Strecke geweht worden.

Nach der anderen Seite hat sich die Explosion nicht entwickeln können, da hier der abgelagerte Kohlenstaub mit Gesteinstaub in anscheinendem Maße vermischt war. Koksperlen sind hier nicht gefunden worden.

Die Explosion hätte, wenn die Gesteinstaubdübelung nicht vorhanden gewesen wäre, einen wesentlich größeren Umfang annehmen können. Sie hätte dann auf die Abbaubetriebe der ganzen Grube übergreifen und sich hier zu einer Kohlenstaubexplosion von unabsehbarem Ausmaße entwickeln können.

Die Unfallgefahr im Bergbau bei Belegung von Arbeitspunkten mit nur einem Manne.

Die Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebiets schreibt:

Die Arbeitnehmergruppe (Arbeiter und Angestellte) der Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebiets hat sich mit dieser Frage bereits im Jahre 1923 beschäftigt und dem Preussischen Oberbergamt in Dortmund seinerzeit zu § 342 der Bergpolizeiverordnung folgenden Vorschlagsvorschlag unterbreitet:

„Vereinzelt liegende Arbeitspunkte dürfen mit einem Manne in einer Schicht nur dann belegt sein, wenn in Kaufnahme eine andere Person beschäftigt ist. Solche Betriebspunkte müssen in einer Schicht mindestens zweimal durch eine Aufsichtsperson befahren werden.“

Auf eine Anfrage der Arbeitskammer, ob die Aufsichtsbehörde in dieser Frage inzwischen irgendwelche Maßnahmen in Aussicht genommen habe, teilt das Preussische Oberbergamt in Dortmund mit Schreiben vom 10. Juli d. J. folgendes mit:

Betr.: Belegung von Arbeitspunkten mit nur einem Mann.

In der Anfrage erhalten Sie eine Ausfertigung der von uns in der angezogenen Angelegenheit kürzlich ergangenen Rundverfügung an die Bergrevierbeamten unseres Verwaltungsbezirks. Betriebe in steilen Flözen mit Schrägbau, in denen die Gefahr des Absturzes fortfällt, lassen sich vielleicht mißlich behandeln. Hierüber schreiben noch Erwägungen.“

Rundverfügung des Oberbergamts

an die sämtlichen Bezirke Bergrevierbeamten des Bezirkes.

„Verschiedene Bezirke sind dazu übergegangen, einzelne Betriebspunkte in der Nachtschicht, zum Teil aber auch in der Tagsschicht planmäßig mit nur einem Mann zu belegen. Dieses Verfahren verstößt zwar nicht gegen bergpolizeiliche Vorschriften (§ 342 Abs. 3 B. B. G.), ist aber unserer Ansicht nach in den steilen Betrieben gefährlich und in den flachen zum mindesten nicht erwünscht. Tatsächlich haben sich auch bereits verschiedene Unfälle ereignet, in denen einzeln arbeitende Leute unter Berge oder Kohlen geraten sind und längere Zeit, zum Teil über eine halbe Schicht, hilflos in ihrer Lage verbleiben mußten.“

Wir werden bei der Neufassung der Bergpolizeiverordnung eine Wenderung der bestehenden Vorschriften vornehmen und weisen Sie an, schon jetzt dafür zu sorgen, daß vereinzelt liegende Arbeitspunkte in steilen Flözen nicht mehr regelmäßig mit nur einer Person belegt werden. Gegen eine Belegung, in der ein Mann im Streib und ein anderer in der Strecke oberhalb oder unterhalb arbeitet, ist selbstverständlich nichts einzuwenden. Ebenso kann zugelassen werden, daß Leute in übereinander liegenden Betriebspunkten vereinzelt arbeiten, wenn sie sich ohne Mühe miteinander verständigen können.“

Sie wollen bis 1. Juli d. J. berichten, ob Sie den erstrebten Zweck auf gültliche Weise erreicht haben. Wir werden andernfalls im Notfalle auf dem Wege der bergpolizeilichen Anordnung oder Verordnung vorgehen.

Sie wollen weiter darüber berichten, in welchem Umfange in flachen Betrieben die Einzelbelegung üblich ist.“

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Kohlenäureausbruch auf der Wenceslausgrube in Neurode.

Am 7. Juli in der Mittagschicht erfolgte im Wilmersflöz der dritten Sohle auf der Wenceslausgrube abermals ein Kohlenäureausbruch. Derselbe kostete vier Familienvätern das Leben. Es ist dies seit kurzer Zeit auf diesem Werk der zweite Unfall dieser Art, der Todesopfer forderte. Es muß deshalb die Frage aufgeworfen werden, ob alles geschehen ist, um derartige Unfälle zu verhindern. Die Explosion ereignete sich in einem einfallenden Berge. Auch in unmittelbarer Nähe arbeiteten noch mehrere Kameradschaften. Es ist festzustellen, daß kurz vorher in einer Versammlung bereits von der Verlegung der Lage über Nicht-einhaltung der Kohlenäurevorschriften gesprochen worden ist. Die Untersuchung hat, soweit wir informiert sind, auch ergeben, daß die Einrichtungen der Kohlenäurevorschriften vorhanden gewesen sind. Es ist aber auch weiter festgestellt worden, daß die Schießvorschriften nicht eingehalten wurden. Der verhängnisvolle Schuß, welcher die Explosion auslöste, kann nur aus unmittelbarer Nähe abgegeben worden sein. Es ist also unmöglich, daß der Schuß von der Schießstation abgegan worden ist und daß alle Kameradschaften aus dem Arbeitsfelde zurückgezogen waren. Wäre letzteres der Fall, dann wären die Todesopfer nicht zu beklagen. Wäre der Ausbruch stärker gewesen, dann dürfte unweifelhaft die Zahl der Opfer bedeutend größer gewesen sein. Nur dem Umstand, daß der Kohlenäureausbruch kein allzu großer war, ist es zu verdanken, daß nicht mehr als 20 Arbeiter auf der Strecke blieben. Die Schuldfrage muß deshalb genau untersucht werden. Es genügt nicht, daß die Behörde Vorschriften erläßt, es genügt weiter nicht, daß die Direktion diese Vorschriften zum Ausbhang bringt, sondern es muß dafür gesorgt werden, daß sie auch durchgeführt werden. Es ist unmöglich, daß die Betriebsleitung bei der Durchführung der Vorschriften ihre Pflicht getan hat. Es mußte der Aufsicht längst aufgefallen sein, daß die Schießvorschriften nicht innegehalten werden. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß nur Aufsichtsberechtigter sind, in Kohlenäurefeldern zu schießen. Die Schießarbeiten sollen im allgemeinen auch nur während der Betriebspause und zum Schichtwechsel getan werden. Es ist auffallend, daß der abgegebene Schuß in der Zwischenzeit abgegan wurde. Die Vermutung dürfte sehr nahe liegen, daß der Schuß von einem Belegungsmitgliede abgegan wurde, ohne die Kameradschaften aus dem Kohlenäurefeld zurückzuführen. Die Arbeiter dürfte nur insoweit ein Wortwurf treffen, daß sie die Gefahr nicht genügend erkannt haben. Es ist begreiflich, daß bei dem heutigen Stand der Förderung nicht nur die Arbeiter, sondern auch die unteren Beamten jede Vorsichtsmaßregel außer Acht lassen. Das Leben und die Gesundheit der Arbeiter muß uns aber höher stehen, und deshalb fordern wir auch hier einen besseren Schuß gegen die Gefahr der Kohlenäure.

Beilagenwert ist auch, daß der Bergbehörde die Verletzungen so weit beschränkt worden sind, daß sie die Ueberflucht über die Verhältnisse vollständig verliert.

Wir erwarten von der Behörde eine strenge Untersuchung des Falles, wir erwarten aber auch weiter vom Ministerium für Handel und Gewerbe, daß es dafür Sorge trägt, daß solche gefährdete Betriebspunkte von der Bergbehörde in kürzeren Zeitabständen kontrolliert werden können.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Glänzende Braunkohlegeschäfte.

Die Rheinische L.-G. für Braunkohlenbergbau und Brikkelfabrikation in Köln veröffentlichte kürzlich ihren Geschäftsbericht. Die Gesellschaft hatte vor dem Kriege ein Aktienkapital von 32 Millionen Mark, heute 60 Mill. Mk. Stamm- und 7,2 Mill. Mk. Vorzugsaktien. Der Ueberschuß aus Kohle, Brikketts und Teer betrug im letzten Jahre 18,19 Mill. Mk. gegen 15,76 im Vorjahre. Die Generaluntkosten sind nur geringfügig, von 1,93 auf 2,06 Mill. erhöht. Nach Abzug der Steuern, Versicherungen und Abschreibungen (erhöht von 3,28 auf 3,51 Mill.) bleibt ein Reingewinn von 7,43 Mill. (im Vorjahr 6,77 Mill.), der eine Dividende von 10 gegen 9 Prozent im Vorjahr ermöglicht.

Die Bilanz ist außerordentlich günstig. Am deutlichsten kommt das in der Vermehrung der Mantguthaben zum Ausdruck, die mit 10,73 gegen 5,41 Mill. Mk. im Vorjahr verdoppelt und gegen 2,26 Mill. in der Goldbilanz bewerteter wird. Das aufgenommene Darlehen von 5 Mill. Mk. wird durch die Zugänge in den Anlagen reichlich aufgewogen. In den dauernden Beteiligungen, die mit 35,72 Mill. unverändert geblieben sind, stehen durch die rapide Aufwärtsentwicklung der Börsenkurse natürlich große stille Reserven. Die starken baulichen Erweiterungen des vergangenen Jahres kommen in der Generalbilanz des Braunkohlenkonzerns noch weniger zum Ausdruck als in den Spezialbilanzen der Tochtergesellschaften. Bei der Weislagrube ist der Gebäudewert mit 0,72 Mill. mehr als verdreifacht, der Maschinenwert mit 1,66 Mill. fast verfünffacht. Die Finanzierung der Erweiterungen erfolgte ausschließlich durch die Muttergesellschaft, wie sich aus der Erhöhung der Verpflichtungen an diese von 0,23 auf 1,86 Mill. ergibt. Von großer Bedeutung war die Fertigstellung des Kraftwerks Fortuna II der Rheinischen Elektrizitätswerke im Braunkohlenrevier L.-G., mit 12,8 Mill. Aktienkapital, die größte Tochtergesellschaft des Konzerns. Ihr Stromnetz ist in allen Monaten gegen das Vorjahr erhöht und mit 24 gegen 173 Mill. Kilowattstunden um 24 Prozent gesteigert.

Der Absatz, durch den Ausbau der Kraftwerke allerdings vom Industrieabfall unabhängiger gemacht, zeigt neue Höchstziffern auf, nachdem das Vorjahr schon die höchsten Ziffern seit Bestehen der Gesellschaft gebracht hatte. Noch günstiger sind die Förder- und Brikkettfertigungsziffern. Letztere erhöhte sich um 9,01 bzw. 11,29 Proz.; die Absatzziffern für Kohle und Brikketts stiegen um 0,58 und 6,32 Prozent. Nur der Tonabsatz (Clarenberg L.-G. für Kohlen- und Tonindustrie) blieb durch die schlechte Baumarktlage um 42,4 Prozent zurück, ist aber finanziell ohne größere Bedeutung.

Die Arbeitszeit wurde im vorigen Jahre verkürzt. Der Bericht sagt darüber: „Im Beginn des Geschäftsjahres gingen wir von der 12-Stundenschicht mit 10stündiger Arbeitszeit zur 10-Stundenschicht mit 9stündiger Arbeitszeit über. Infolge der fortschreitenden Mechanisierung unserer Anlagen, aber auch infolge des guten Willens unserer Belegschaft und ihres verständnisvollen Eingehens auf diese Umgestaltung haben Betriebsführung und Wirtschaftlichkeit dadurch keinen Schaden gelitten.“

Die Lohnerrhöhung um 8 Prozent kommt in dem Bericht schlechter fort, trotzdem das Ergebnis der Betriebe zeigt, daß der Lohn noch höher und die Arbeitszeit noch kürzer hätte sein können, ohne den Betrieb unrentabel zu machen. Im Laufe des Jahres für die Mitglieder des Aufsichtsrats werden 326 000 statt 273 000 Mk. im Vorjahr gezahlt. Aus dem Reingewinn wird eine Dividende von 10 Prozent gezahlt.

Bücher und Schriften.

Im Lande der billigsten Kohle.

Im schmucken Umschlag, 156 Seiten stark, ist im Verbandsverlag der Bericht unserer Kameraden Hufemann und Dr. Berger über die Amerikareise erschienen. Es handelt sich allerdings weniger um einen Bericht über die Fahrt, als vielmehr um die Bearbeitung des gesammelten Materials und Verarbeitung der auf der Reise gewonnenen Eindrücke. Wir zeigen heute nur kurz das Erscheinen des Buches an, das an unsere Mitglieder für 1,50 Mk. abgegeben wird. Eine ausführliche Würdigung des interessanten Inhalts behalten wir uns für die nächste Nummer vor. Wir weisen heute nur darauf hin, daß das mit einer Reihe von Abbildungen und statistischen Tabellen versehene Buch eine Fülle interessanter Materialien über amerikanische Bergbauverhältnisse enthält. Die geologischen und wirtschaftlichen Grundlagen des amerikanischen Bergbaues werden geschildert: Vorkommen, Produktion, Verhältnisse, Betriebsgrößen usw. Die Bergbautechnik erfährt interessante Darstellungen mit Abbildungen von Maschinen aller Art. Lohn, Lebenshaltung und Arbeitszeit der Bergleute werden mit Abbildungen von Wohnhäusern, Zelten und Behelfsbauten für Streikende geschildert. Der amerikanische Verband erfährt eingehende Darstellung. Weiter werden dargestellt: Sozialpolitik, Preise, Selbstkosten, Entwicklungstendenzen des amerikanischen Bergbaues und zum Schluß werden wirtschaftliche, technische und gewerkschaftliche Lehren aus dem Dargestellten gezogen. Wir empfehlen jedem Kameraden, der 1,50 Mk. für ein gutes Buch ausgeben kann, den Bezug durch seine Zahlstelle.

Berichtigungen.

In Nr. 28 hat sich in den Leitartikel: „Ein Programm“ in den Zahlen auf der ersten Spalte ein Fehler eingeschlichen. Die Erwerbslosenziffer Mitte Juni betrug nicht 1400 000, sondern 1 744 539.

Im ersten Teil des Berichts über die Generalversammlung ist an einer Stelle im Vortrag Vorgesandtes von 30 Invaliden die Rede. Hier muß es 30 000 heißen.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 30. Woche (vom 18. bis 24. Juli) fällig. Wir bitten die Kameraden, um pünktliche Zahlung der Beiträge beizugehen.

Folgende Mitglieder werden auf Grund des § 6 des Statuts und der Beschlüsse der Generalversammlungen in Gießen und Dresden aus unserer Organisation ausgeschlossen: Heinrich Schneiderei (S.-Nr. 1 276 968), Zahlstelle Gelsenkirchen III; Johann Störmer (S.-Nr. 1 416 306), Otto Wittke (S.-Nr. 1 416 308) und Friedrich Wille (S.-Nr. 1 378 418), Zahlstelle Horstmar.

Adressenveränderungen.

Stodum. Der Kassierer Karl Sommer wohnt Salingerstraße.

Bücherrevision.

Stodum. Vom 1. bis 15. August. Die Mitglieder werden gebeten, die Mitgliedsbücher bereit zu halten.

Schluß des redaktionellen Teils.

Die Firma Georg Brinz, G. m. b. H., Nürnberg 303, mechanische Webereien - Ausrüstung - Jäbrikation - Vertrieb, versendet gegen Nachnahme zu den denkbar billigsten Preisen Baumwollwaren und Kleiderstoffe aus reinen, echten und edlen Woll- und Baumwollgarnen. Ein Beweis der vollen Zufriedenheit der Konsumenten wird dadurch erbracht, daß sich die über ganz Deutschland ausgebreitete Kundenschaft der Firma Georg Brinz G. m. b. H., Nürnberg, täglich vergrößert. Wir verweisen auf das heftige Inserat in unserer Zeitung.

Gute Taschenuhr, bern., nur 2,75 Mk.



Mr. 4. Herren-Anter-Remontuhr, verfertigt mit Goldrand, Schornier, oalem Bügel, Mk. 4.—, Nr. 5. Dieselbe, mit best. Werk, Mk. 5,50. Nr. 6. Sprungdeckeluhr, 3 Deckel, vergolbet, hochfein, Schweiz, Werk, Mk. 10,50. Nr. 7. Damen-Anter-Remontuhr, echt verfertigt mit Goldrand, Mk. 5,50. Nr. 8. Armbanduhr, mit gutem Verrierwerk, Mk. 5,50. Uhrwerk, bernisch, Mk. 0,40. Reparatur, echt verfertigt, Mk. 1,40. Jede Uhr hat 3jähriges, genau verfert. Werk mit voller Garantie für ein Jahr. Präzisierte Preisliste gratis! Versand geg. Nachnahme.

Uhrenhaus

Fritz Heinecke, Braunschweig 55, Geisotr. 3



5 Jahre Garantie

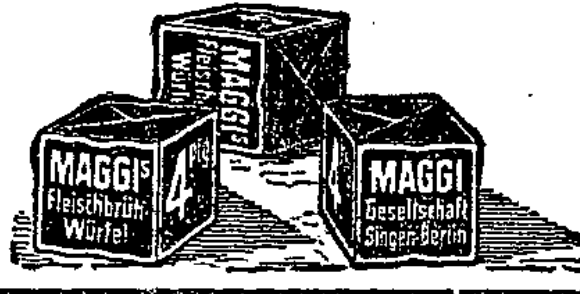
mit bedingungslos. Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen liefert ich überallhin Modell 1926 in bestem Aussehen, leichtem Lauf und zuverlässigster Konstruktion. Ausgestattet mit Doppelglockenlager, Innenleitung (nicht geschwächt) werden meine Räder kompl. geliebert mit Orig. „Torpedo“ oder „Roxax“-Freilauf mit Rücktrittbremse, erstklassiger prima Befahrung, „Continental“ oder „Dunlop“, bei angem. Anzahlung gegen bequeme Wochenzahlungen von nur Gold-Mark 3.—

jährlich schriftliche Garantie, auch für Gummi. Lassen Sie sich sofort diese Fahrrad und Zeit ersparen, bringt es Ihnen ein. Die Anschaffung ist ohne Kosten für Sie, wenn Sie Reparaturs für die bequeme Rate verwenden. Verlangen Sie sofort illustrierten Prospekt gratis u. freil. Walter H. Gartz, Berlin 542, Postfach 828F

Kameraden, agitiert für den Verband!

Warum teureres Suppenfleisch

kaufen, um Fleischbrühe herzustellen, MAGGIS Fleischbrühwürfel geben, in kochendem Wasser aufgelöst, vorzügliche Fleischbrühe zum Trinken oder zur Zubereitung und Verbesserung von Suppen, Soßen und Gemüsen. — Ein Würfel für gut 1/4 Liter nur 4 Pfennig. — Man achte auf die gelbrote Packung und den Namen MAGGI.



Inserate i. d. Bergarb.-Ztg. bringen Erfolg!

Arco-Rad

15. Berliner Sechstagerrennen
wurde auf Arco-Rad gewonnen.
Das Beste Rad.
Ernst Machnow
Berlin, Wilmersdorferstr. 14.

Böhm. Bettfedern

doppelt gereinigt u. gar. Raubfrei - hielten Sie am vorlieblichsten direkt vor mir, Der. graue Füllfeder 1,20 Mk., Schellfeder weiß 1,20 Mk., 3,20 Mk., weißer Flaum 1,20 Mk., 4,80 Mk., Schöneberger Halbgrau 1,20 Mk., 5,50 und 6,80 Mk., Reine Daunen übergrau 1,20 Mk., 6,80 u. 12,50 Mk., Brauchvolle fertige gefüllte Doren und Unterbetten von 17 Mk. an, fertige Kissen im Wert von 5,80 Mk. an, Matras sowie genaue Preisliste unjont. Täglich Annehmungen aus allen Kreisen. Umkauf jederzeit gestattet über Geld zurück.

R. Mühlendorfer, Bettfedern-Versand
Haidmühle 58 (Bay. Wald, böhml. Grenz)

Altbekannte deutsch-christliche Firma.

Alleerste Bezugsquelle für billige, erstklassige böhmische Bettfedern.

1 Pfund graue gefüllte M. 1, halbweiße M. 1,50, weiße M. 2.—, 2,50 u. 3.—, Herzhafschleif M. 4.—, better Halbblau M. 5.— und 6.—, ungeschliffene, flaumige Ruppfedern, halbweiß M. 2,20, weiß M. 2,50, 3,25, Flaumruff M. 4.—, Daunen, grau 4,50 u. 5,50, weiße M. 7.—, hochfeine M. 10.—, allerbeste Eper, halbw. M. 12, weißer Blaudaune, von 10 Pfund an portofrei. Nichtaufgebende Geld zurück, ausführliche Preisliste und Muster kostenlos. Rudolf Blahut, Bettfedernhaus, Delfeng. 78 (Böhmen).

Hausfrauen! Eine gute Sparkasse hat man dadurch, dass man alles im Konsumverein „Wohlfahrt“ Bochum holt. Im Herbst gibt es dann eine schöne Summe an Rückvergütung.

10 Eisenbahnwagenladungen in sehr guten Qualitäten Baumwollwaren u. Kleiderstoffen

liehen uns zu enorm billigen Preisen laut unserer Preisliste zur Verfügung. Als Beweis um. Zeitungsfristigen nennen wir nur:

501. Ungebleicht. Baumwolltuch, sehr gute feinfädige Qualität	ca. 85 cm	0,37
502.503. Ungebleicht. Baumwolltuch, vorz. qual. Gebrauchsgüter	ca. 87 cm	0,54
504.506. Ungebl. Baumwolltuch, ertrugut, fast unüberwältig, erstklassige Qualität	ca. 87 u. 140	—,68 1,25
508. Schneeweiß. Hemdentuch, fein, feinfädig, solid, für bessere Stoffe	ca. 80 cm	0,65
512.516. Schneeweißes Hemdentuch und Linnen, hochfeine, sehr gute Kaschierware, besonders 3. Bettbezüge 80 u. 130 cm	0,87	1,63
514. Schneeweißes Hauswand, prima, sehr gute Ware zu Bettzügen	ca. 150 cm	1,95
519.20. Schneeweiß. jng. Seiden-Bettdecken, in drap. Blumenmuster, vorz. qual. Kaschierware	ca. 80 u. 130 cm	1,70 2,65
523.29. Bettfedern, feinfädig, jedes Stück sehr gute Federware	ca. 80 u. 130 cm	1,65 2,65
542. Seid. Hemden- und Blusenstoff, in best. gefärbten und einfarbigen Farben	ca. 70 cm	0,65
548. Hemdenstoff, hochfädig, sehr. Ware	ca. 70	0,63
555. Blausch. Karthäuser, aus gutem Garn	ca. 80	0,74
559. Silberbetreiber, geformt, 1 weiß über laut, sehr gute weiche, äußerst preisw. Ware, Größe 140 129 cm u. d. St.		2,90
600. Kleider- u. Blusenstoffe, u. Schürzen in all. Grundfarben, solid, gute Federware	ca. 70 cm	0,98
608. Eperrot, reine Wolle, sehr gute Qualität, fädig und durchbleich	ca. 85	1,75
610. Eperrot, reine Wolle, vorzüglich, sehr preisw. Qualität, fädig und durchbleich	ca. 130	2,95
612. Herren-Eperrot, reine Wolle, burgal. haltbare Qual. fädig und durchbleich	ca. 140	4,90

jeweils Kleiderstoffe aller Art.

Wir liefern nach allen deutschen Orten in nur guten u. besten Qualitäten aus reinen, echten und edlen Wollen und Baumwollgarnen geerbte Waren gegen Nachnahme von 10 Mk. an; ab 20 Mk. portofrei. — Bitte verlangen Sie mit Postkarte (deutsche Anschrift, Wohnort und Hausnummer) unsere reichhaltige Preisliste! Nicht passende Waren nehmen wir zurück gegen Vergütung des Samstages, auch dann, wenn unsere Waren nicht bedeutend besser und billiger als überall sind.

Georg Prinz G. m. b. H., Nürnberg 303
Rechan. Scherbert - Auswärtige-Vertrieb.

Billige böhmische Bettfedern

1 Kilo graue gefüllte, Gm. 3.—, halbweiße 4.—, weiße 5.—, bessere 6.—, 7.—, 8.—, 9.—, 10.—, 11.—, 12.—, 14.— Gm. Versand portofrei, zahlreich gegen Nachnahme. Muster frei. Umkauf u. Rücknahme gestattet.

Benedikt Sackel, Cobes 209 bei Bitten in Böhmen.

Wolsachen

werden zu dauerhaften Herren- und Damenkleidern stollen billig umgearbeitet in der Wollweberei Karl Schütz, Lardenbach 65 (Oberhess.). Verl. Sie Muster portofrei!

Käse postfrei ins Haus!

Käse, Gouda, Form 2 M. 4,85
Käse, Gouda, Form 2 M. 4,85
Tafelkäse, Form 2 M. 4,85
Tafelkäse, Form 2 M. 4,85

Jurisdiktion, wenn nicht gefüllt! Preisliste über weitere Lebensmittel gratis.

Gustav Westphal, Altona 448 Hamburg.

für Ihre Pfeife ein bill. Tabak

Stieferei ist Ihnen direkt aus meiner Fabrik.

Brills Tabak wird von Kennern bevorzugt
Spezialität: Rolltabak.
Gebrüder Brill, Tabakfabrik, Bilstein i. Westfalen.
Gegründet 1809.

la Eiderfettkäse

99% - 6 M. fr. So. Dampfsterilisiert. Rendsburg i. Holl.

Prima Eiderfettkäse
allererste Ware à Pfd. M. 1.— ab hier, im Postpaket gegen Nachnahme befördert.
Eito Walker, Dampfsterilerei u. Käseerei, Langwether (Distr.) Kreis Witt-Nögnit.

Gallensteinen befreite.

Fran. Volmeher, Köln, Bonner Str. 78/6.

9 Pfund Käse

Holländischer Käse für nur 5,95
Über hohe Nährwert u. der niedrigsten Preis.
die wir die vielen Kunden bringen!
Käse-Tiedcke, Hamburg 1 p.

Bermeit Nr. 1

Das radioaktive Element des Lebens

10000 Musikastrumente als Geschenk

zu verschenken

1 wertvolles Instrument

ohne jede weit. Ausgabe

Curt Wohlrab
Klingenthal-Hath 55 Sa.



Bei Spiel und Sport

im Freien, auch bei grösseren und kleineren Touren, sollten Sie stets WRIGLEY P. K.-Kau-Bonbons bei sich haben. Ein kleines Päckchen lässt sich bequem überall unterbringen. Sie beseitigen das Durstgefühl und wirken dauernd angenehm und erfrischend. Millionen Menschen, jung und alt, erfreuen sich der angenehmen Wirkung der berühmten P. K.-Kau-Bonbons.

Päckchen = 4 Stück = 10 Pf. Ueberall erhältlich!

WRIGLEY

KAU-BONBONS

WRIGLEY AKTIEN-GESellschaft, FRANKFURT A. M.

Reinigt Eure Lungen

KRAUTERKUREN

Willy Fioch, Steffin, Palitzersstr. 10.

Tabakfab. „Welfruf“ E. Köller

Bracksal Nr. 79 (Baden.)

10000 Musikastrumente als Geschenk

zu verschenken

1 wertvolles Instrument

ohne jede weit. Ausgabe

Curt Wohlrab
Klingenthal-Hath 55 Sa.

Breuer's Strangtabak

aus der alten Tabakfabrik Ludwigs-Breuer, Köln
allgemein beliebt.

Willy Fioch, Steffin, Palitzersstr. 10.

Hören Sie schon Drahtlos?

Honig Radio

Klinger & Co., Nürnberg

10000 Musikastrumente als Geschenk

zu verschenken

1 wertvolles Instrument

ohne jede weit. Ausgabe

Curt Wohlrab
Klingenthal-Hath 55 Sa.

Garantie-Fahrräder

Herren: 75 Mk.
Damen: 83 Mk.

Standard-Gesellschaft, Cassel

Kugelpresse

8 Singschneide

Klinger & Co., Nürnberg

10000 Musikastrumente als Geschenk

zu verschenken

1 wertvolles Instrument

ohne jede weit. Ausgabe

Curt Wohlrab
Klingenthal-Hath 55 Sa.

Taschen-Inhalierapparat

P. X. Vogt, Völkshaus (Bayern).

Motorräder

Klinger & Co., Nürnberg

WRIGLEY KAU-BONBONS

WRIGLEY AKTIEN-GESellschaft, FRANKFURT A. M.

Im Lande der billigsten Kohle

H. HANSMANN & Co., BOCHUM, Wiemelhauserstr. 38-42

Reklamepreis nur Mk. 4,00

Uhren-Klose, Berlin SW. 141, Zossener Strasse 8.

Betten

Qualitäts-BETTEN

H. & M. Zantone